S. Unsere Eine Welt

Wie wir Frieden und Menschenrechte, Freiheit und globale Gerechtigkeit stärken können

Im Mittelpunkt unserer grünen internationalen Politik steht der Mensch und nicht der Staat. Ob Klimakrise oder Ressourcenkrise, ob Hunger oder Finanzkrise, ob zerfallende Staaten oder Aufrüstung. Keine dieser Fragen mitsamt den daraus folgenden Gefahren kann heute noch von einem Land allein bewältigt werden. Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und der Schutz der globalen öffentlichen Güter stehen allen Menschen gleichermaßen zu und können nur gemeinsam erreicht werden. Die Wahrung der Menschenrechte und die Verhinderung von schwersten Menschenrechtsverletzungen haben für uns eine besondere Priorität.

Immer noch sind die Güter der Erde und der Wohlstand äußerst ungleich verteilt. Immer noch lebt ein Teil der Menschheit auf Kosten des anderen. Immer noch sterben hunderte Menschen täglich in bewaffneten Konflikten weltweit. Der brutale Bürgerkrieg in Syrien ist schon fast aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden, erst recht Gewaltakte und Auseinandersetzungen im Kongo, in Zentralafrika, im Irak oder in Libyen. Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Krieg, Hunger, eine brutale Umweltzerstörung und verheerende Folgen der Klimakatastrophe gerade für die ärmsten Regionen und vor allem zu Lasten der Frauen – all das gehört keineswegs der Vergangenheit an, sondern prägt die Gegenwart. Arm und Reich driften weltweit dramatisch auseinander. Wir wollen eine gerechtere Verteilung des Reichtums in der Welt erreichen. Wir in den Industrieländern müssen dabei unserer Verantwortung gerecht werden und aufhören, auf Kosten der Armen zu leben. Den Wandel müssen wir gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern angehen. Global denken – lokal handeln: Ohne die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist globale Gerechtigkeit nicht zu verwirklichen. Deshalb wollen wir das Bewusstsein für globale Zusammenarbeit durch entwicklungspolitische Bildung und kommunale Nord-Süd-Partnerschaften stärken.

Dabei gilt es, auf Weltbevölkerungswachstum, Verstädterung oder eine rasant wachsende globale Mittelschicht und die damit verbundenen konsumorientierten Lebensstile weltweit zu reagieren. Wir möchten, dass die internationale Gemeinschaft diese Herausforderungen mit geteilten, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten angeht. Es geht um nichts weniger als um einen grundlegenden Umbau in der Weltwirtschaft, um eine Neuvermessung des Verhältnisses von Ökonomie und Ökologie, von marktgetriebener Dynamik und politischer Regulierung, von ressourcenschonender Produktion und gerechter Verteilung auch zwischen den Geschlechtern. Es geht um eine „große Transformation".

Der Sturz autoritärer Regime in Nordafrika, der Protest gegen Gewaltherrschaften insbesondere in der arabischen Welt sowie Hunger- und Naturkatastrophen in Ländern fragiler Staatlichkeit zwingen die deutsche und europäische Politik zu einer grundlegenden Hinterfragung ihrer bisherigen Grundsätze. Oftmals wurden wirtschaftliche Interessen und vermeintliche Stabilität vor der Förderung von Demokratie und Menschenrechten als wichtiges Ziel definiert, und dafür wurden auch Bündnisse mit autoritären Regimen eingegangen. Dass Schwarz-Gelb diese Politik mit Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und weitere autoritäre Staaten fortsetzt, ist so skandalös wie verantwortungslos. Und es ist das Gegenteil einer wertebasierten Außen- und Sicherheitspolitik, die auf dem Schutz und der Förderung der Menschenrechte beruht.

Es geht darum, zivile Konfliktbearbeitung zu stärken, um die tatsächlichen Ursachen von Gewalt anzugehen. Friedliche und zivile Mittel haben für uns immer Vorrang vor militärischen. Unsere friedenspolitischen Grundüberzeugungen gründen sich auf die Stärkung des Rechts statt auf das Recht des Stärkeren, auf die Bewältigung von Krisen durch gestärkte Vereinte Nationen und auf die gewaltfreie Lösung von Konflikten. Unser Kompass sind Frieden und der Schutz der Menschenrechte.

Wir wollen, dass Deutschland als verlässlicher Akteur seiner globalen Verantwortung gerecht wird. Neue Formen der internationalen Kooperation mit Staaten und der zunehmend international vernetzten Zivilgesellschaft wollen wir auf allen Ebenen stärken. Dafür müssen auch Länder und Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung stärker unterstützt werden. Transnational agieren-

de Unternehmen müssen in die globale Transformation eingebunden und durch klare Regeln zur Einhaltung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards verpflichtet werden. Solche Regeln können nicht mehr nur national gedacht, sondern müssen in einer globalisierten Wirtschaft auch global verankert werden. Wir wenden uns gegen eine Politik der Renationalisierung der Außen- und Entwicklungspolitik, wie sie Schwarz-Gelb derzeit betreibt. Die Bundesregierung setzt einseitig auf kurzfristige nationale Interessen statt auf eine langfristig gerechte Gestaltung der Globalisierung, an der alle gleichermaßen teilhaben können und von der alle profitieren.

Das bedeutet für uns, jetzt die Voraussetzungen für eine Zukunft zu schaffen, in der fairer Welthandel, besserer Klimaschutz und starke demokratische internationale Institutionen Wirklichkeit werden. Deshalb setzen wir uns ein für eine klimaneutrale und ressourcenschonende Wirtschaftsweise, ohne die es kein Wohlstandsversprechen für alle geben kann. Deshalb tragen wir dazu bei, den Welthandel fair zu organisieren. Und deshalb stärken und verbessern wir unsere Entwicklungszusammenarbeit.

Wir werden uns einmischen für globale Gerechtigkeit und den Schutz der universellen Menschenrechte, die explizit auch die Rechte der Frauen beinhalten, für die Stärkung der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung und gegen Rüstungsexporte. Niemand sollte auf Kosten der Anderen leben, alle Menschen haben das Recht auf Frieden, Entwicklung, Freiheit und Würde. Das verstehen wir unter globaler Gerechtigkeit und Teilhabe aller.

1. Die große Transformation: Eine Welt macht sich auf den Weg

Wir wollen die Globalisierung gestalten – politisch, ökologisch und sozial. Die Finanz- und Klimakrise haben einmal mehr die dramatischen Auswüchse eines globalen Kapitalismus mit unregulierten Märkten offengelegt. Wir brauchen eine sozial-ökologische Transformation, durch die unser kohlenstoffbasiertes Wirtschaftssystem zu einer ressourcenschonenden Nachhaltigkeitsökonomie umgebaut wird. Dazu müssen wir das Primat der Politik über unregulierte

Märkte zurückgewinnen. Märkte brauchen Regeln, damit sie dem Gemeinwohl dienen. Nur so ist Wohlstand für die wachsende Weltbevölkerung möglich und führt wirtschaftliches Wachstum nicht zum Kollaps. Die Folgen des Klimawandels betreffen schon heute große Teile der Weltbevölkerung. Die Auswirkungen sind zum Teil dramatisch: Durch die Veränderung der klimatischen Bedingungen und die Zunahme an Naturkatastrophen entsteht nicht nur erheblicher materieller Schaden – Menschen müssen fliehen, Entwicklungschancen werden zerstört und Menschenrechte verletzt. Als Industriestaat müssen wir entschieden vorangehen und unsere Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 80 bis 95 % gegenüber 1990 reduzieren. Um die Schwellen- und Entwicklungsländer bei ihren Anstrengungen zur Anpassung an den Klimawandel und zum Schutz des Klimas zu unterstützen, wollen wir Technologietransfer und das notwendige Know-how zur Verfügung stellen. Die Kosten der Anpassung an den Klimawandel müssen gerecht verteilt werden. Dem Grünen Klimafonds (GKF) soll hierbei und bei der Unterstützung zur CO_2-Minderung eine entscheidende Rolle zukommen. Angesichts der durch den Weltklimarat geschätzten 150 Millionen Klimaflüchtlinge im Jahre 2050 treten wir im Rahmen einer Klimaaußenpolitik für mehr Klimagerechtigkeit ein.

Rohstoffreichtum in einem Land darf nicht zum Rohstofffluch für seine Bevölkerung werden. Der Rohstoffabbau geht nur allzu oft mit massiven Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung einher. Deshalb müssen wir in Zeiten knapper werdender Ressourcen und daraus resultierender Konflikte überall auf der Welt umdenken und unseren Rohstoffverbrauch drastisch reduzieren – in Deutschland und international. Wir setzen uns für verbindliche soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards bei Abbau, Weiterverarbeitung und dem Handel von Rohstoffen sowie für Transparenz im Rohstoffbereich ein.

Wir brauchen eine Neuausrichtung der internationalen Handelspolitik nach ökologischen und sozialen Standards. Bilaterale Freihandelsabkommen, wie sie die EU derzeit mit verschiedenen Ländern verhandelt oder anstrebt, müssen zukünftig so ausgestaltet werden, dass sie Entwicklung und Menschenrechte stärken. Grundsätzlich streben wir eine multilaterale Handelsordnung an. Konkret bedeutet das zum Beispiel, die EU-Exportsubventionen abzuschaf-

fen und die EU-Agrarpolitik so zu gestalten, dass durch Dumpingpreise bei Lebensmitteln die Märkte in Entwicklungsländern nicht ruiniert werden. Gleichzeitig brauchen Produkte aus Entwicklungsländern einen diskriminierungsfreien Zugang zum europäischen Markt. Das heißt auch die EU-Fischereiabkommen auf ökologische und soziale Auswirkungen zu überprüfen und neu zu verhandeln. Wir brauchen internationale Abkommen, die zu fairen Preisen für Agrarerzeugnisse und Rohstoffe führen, sowie eine Politik, die die lokale Produktion von Gütern in den Entwicklungsländern fördert. Diese handelspolitischen Ziele unterstützen wir auch durch eine nachhaltige und faire öffentliche Beschaffungspolitik. Für weltweite Steuergerechtigkeit und für die Finanzierung öffentlicher Güter arbeiten wir daran, Steueroasen zu schließen und global agierende Unternehmen zu zwingen, dort Steuern zu zahlen, wo sie produzieren und Gewinn machen.

Waldschutz in Entwicklungs- und Schwellenländern heißt nicht nur Klimaschutz, sondern auch die Sicherung der Lebensgrundlagen lokaler Bevölkerungsgruppen. Deshalb setzen wir uns für die Einigung auf ein globales Programm zum Stopp der Degradierung und Zerstörung von Wäldern in Entwicklungs- und Schwellenländern sowie für die Ratifizierung und Umsetzung der ILO-Konvention 169 zur Stärkung der Rechte indigener Völker ein.

Auch die internationale Drogenpolitik muss kohärent nach sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien evaluiert und neu ausgerichtet werden. Denn bis jetzt fördert sie organisierte Kriminalität und trägt damit unter anderem zur Destabilisierung von Staaten und Weltregionen bei. Wir unterstützen die Initiative der „Global Commission on Drugs“, die das Ende der verheerenden Verbotspolitik fordert.

Wir wollen die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen stärken, indem wir nicht nur auf freiwillige Selbstverpflichtungen hoffen, sondern verbindliche Regelungen entwickeln, die diese Verantwortung festlegen. Dazu gehören Offenlegungspflichten nach starken sozialen und ökologischen Kriterien. Die Öffentlichkeit muss nachvollziehen können, wie viel Lohn ein Unternehmen seinen Näherinnen in Bangladesch zahlt oder wie es im Kongo verseuchtes Wasser entsorgt. Dazu gehören auch neue Haftungsregelungen. Und dazu gehören bessere Klagemöglichkeiten in

Deutschland und der EU für Opfer von schweren Menschenrechtsverletzungen, die von deutschen oder europäischen Unternehmen verursacht wurden.

Die notwendige sozial-ökologische Transformation muss Aufgabe der gesamten Bundesregierung sein. Es kann nicht sein, dass weiterhin Waffenexporte gegen Friedensbemühungen laufen, klimaschädliche Subventionen gezahlt oder durch Exportoffensiven Bemühungen zur Überwindung von Armut und Hunger in Entwicklungsländern zunichtegemacht werden.

Wir stehen ein für neue Politikkohärenz im Sinne von Frieden, Demokratie und einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung. Dafür wollen wir regierungsweite Zielvereinbarungen, mehr Kompetenz für vernetztes Regieren, die Stärkung von Ressortkreisen, eine bessere Koordinierung der Außenpolitik durch das Auswärtige Amt und die Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit und aller Entwicklungsgelder durch das Entwicklungsministerium.

Gleichzeitig braucht es eine fraktionsübergreifende Debatte, die sich mit den Widersprüchen des deutschen Regierungshandelns befasst. Diese Debatte wollen wir in der 18. Legislaturperiode durch eine Enquete-Kommission „Kohärenz in einer Welt im Wandel“ anstoßen, die eine kritische Bilanz ziehen und Veränderungen vorschlagen soll – auch für die Arbeitsstrukturen von Bundesregierung und Bundestag im europäischen und internationalen Kontext.

2. Eine Welt der Gerechtigkeit

Wir verstehen Entwicklungspolitik als Teil einer globalen Strukturpolitik, die auf eine weltweite menschenrechtsbasierte nachhaltige Entwicklung zielt. Sie mobilisiert und unterstützt Individuen und politische AkteurInnen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur für die globale sozial-ökologische Transformation.

Wir wollen, dass alle Menschen in Frieden und Würde leben können. Deshalb wollen und müssen wir Armut und Ungleichheit in Zukunft konsequenter bekämpfen, sowohl in den ärmsten, oft fragilen Staaten als auch in den Ländern mittleren Einkommens, in denen zwei Drittel der ärmsten Menschen leben. Dazu werden wir

bis 2015 verstärkt für die Erreichung der Millenniumentwicklungsziele eintreten. Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Entwicklungs- und Umweltagenda zusammenzubringen, um ab 2015 mit starken, globalen Nachhaltigkeitszielen weiter für die sozial-ökologische Transformation zu kämpfen.

Deutschland hat sich vor Jahren dazu verpflichtet, 0,7 % seines Bruttonationaleinkommens für Entwicklung und humanitäre Hilfe bereitzustellen. Von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt. Um es zu erreichen, werden wir trotz aller finanziellen Herausforderungen einen klaren Ausgabenschwerpunkt auf die globale Gerechtigkeit setzen. Wir werden jährlich 1,2 Mrd. Euro zusätzlich für die Entwicklungszusammenarbeit und 500 Mio. Euro für den internationalen Klimaschutz bereitstellen. Wir wollen neue Finanzierungsinstrumente einsetzen, wie die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer und einer erhöhten Flugticketabgabe. Wir wollen bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode das 0,7 %-Ziel erreichen.

Wir wollen eine zukunftsfähige Entwicklungspolitik gestalten, die die Überwindung von Armut mit der Stärkung der Menschenrechte und dem Schutz der Umwelt und der biologischen Vielfalt in Einklang bringt. Das Entwicklungsministerium muss sich auf die globalen Herausforderungen einstellen und soll zu einem Ministerium für internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung werden.

Entwicklungspolitik muss sich angesichts der globalen Herausforderungen umorientieren. Um Friedensentwicklung zu befördern, wollen wir uns kohärenter in fragilen Staaten engagieren und unsere Entwicklungszusammenarbeit mit diesen Ländern ausbauen. Konflikte müssen entschärft werden, bevor sie eskalieren und zur Gewalt führen. Für die weltweite soziale Wende wollen wir gute Arbeit sowie den Ausbau sozialer Sicherungssysteme und Grunddienste zu einem Schwerpunkt unserer Entwicklungszusammenarbeit machen, um unter anderem das Menschenrecht auf Wasser, Bildung und Gesundheit sicherzustellen und damit auch den Kampf gegen HIV/Aids voranzutreiben. Für die globale Agrarwende rücken wir das Recht auf Nahrung ins Zentrum und setzen einen Schwerpunkt auf die kleinbäuerliche Land- und Viehwirtschaft, handwerkliche Fischerei und Landlose. Und um die globale Ener-

giewende zu forcieren, kämpfen wir gegen Energiearmut und für Erneuerbare Energie für alle, unter anderem durch einen Wissens- und Technologietransfer in großem Stil.

Entwicklung braucht Entschuldung! Für einen wirtschaftlichen Neuanfang der ärmsten Länder sind Entschuldungsinitiativen und die Streichung insbesondere illegitimer Schulden unerlässlich. Wir setzen uns für die Schaffung eines internationalen Insolvenzrechts für Staaten ein, um überschuldete Länder nachhaltig aus der Schuldenspirale zu befreien.

Wir brauchen aber nicht nur mehr Geld in der Entwicklungszusammenarbeit; wir wollen die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auch effizienter als bisher einsetzen. Die Menschen in Deutschland sollen wissen, wofür ihre Steuermittel zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Deswegen wollen wir mehr gemeinsame und transparentere Entwicklungsprogramme in der EU und den VN unter einer verantwortlichen Einbeziehung unserer Partnerländer und der Zivilgesellschaft. Dazu gehört auch, dass wir das Instrument der Budgethilfe, also der direkten Unterstützung der öffentlichen Haushalte von Entwicklungsländern, weiterentwickeln und ausbauen. Die Budgethilfe muss an klare Kriterien im Bereich Menschenrechte und gute Regierungsführung gebunden werden. Gleichzeitig muss unsere Politik kohärenter werden. Alle anderen Politikmaßnahmen mit Auswirkungen auf Entwicklungsländer müssen darauf geprüft werden, ob sie den entwicklungspolitischen Zielen in die Quere kommen.

Wir treten an gegen die von Schwarz-Gelb durchgesetzte Renationalisierung der Entwicklungszusammenarbeit. Darum sind wir für die Aufhebung der ⅓ : ⅔-Quote für das Verhältnis von europäischer und multilateraler zur bilateralen Zusammenarbeit. Weil die globalen Probleme nicht mehr von einzelnen Staaten allein gelöst werden können, wollen wir eine deutliche Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit, um mit der EU und den VN mehr Wirkung für Entwicklung zu erzielen.

Ein wesentliches Ziel der Entwicklungszusammenarbeit ist die politische Teilhabe der Menschen in den Partnerländern. Wir wollen Menschen in ihren Fähigkeiten unterstützen, ihre Rechte einzufordern und zu verwirklichen. Armut und Gewalt sind nicht geschlechtsneutral. Frauen werden in Konflikten immer wieder Opfer

gezielter und strategisch genutzter sexualisierter Gewalt und sind besonders betroffen von Entrechtung, Benachteiligung und Ausbeutung. Strukturelle Ursachen wie Machtunterschiede und Dominanzverhältnisse, mangelnde Rechte und nicht ausreichender Zugang zu Ressourcen sowie fehlende politische Partizipation von Frauen blockieren weltweit eine geschlechtergerechte Gesellschaft. Deshalb müssen Strategien, die Armut und Gewalt überwinden wollen, darauf abzielen, die Rechte von Frauen und Mädchen zu stärken, ihre (Zugangs-)Chancen zu erhöhen und die Machtunterschiede zwischen den Geschlechtern zu verringern. Wir treten gegen die Diskriminierung von Schwulen, Lesben und bi- und transsexuellen Menschen ein und werden mehr Toleranz mit Hilfe der Zivilgesellschaft vor Ort fördern, vor allem in Ländern, in denen sexuelle Minderheiten gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt sind.

Gerade die Stärkung und Beteiligung von Frauen im Sinne der UN-Resolution 1325 ist dabei von besonderer Bedeutung. In der Resolution werden Konfliktparteien dazu aufgerufen, die Rechte von Frauen zu schützen und Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und den Wiederaufbau einzubeziehen. Die staatlichen Institutionen der Partnerländer wollen wir dazu auffordern und darin stärken, ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen gegenüber ihrer Bevölkerung anzuerkennen und zu erfüllen. Weil Armut nicht geschlechtsneutral ist, setzen wir die Entwicklungsgelder verstärkt für bessere Bildung und gleiche Chancen von Frauen und Mädchen ein.

Hunger ist kein Schicksal, sondern eine Folge von Politikversagen. Es mangelt vor allem an Zugangs- und Verteilungsgerechtigkeit. Wir verfolgen eine kohärente, ressortübergreifende Strategie zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und für mehr Ernährungssouveränität, zu der neben der Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und Fischerei auch Wertschöpfung vor Ort und soziale Sicherungssysteme zählen. Auch Maßnahmen gegen „Land Grabbing“ und skrupellose Spekulation mit Nahrungsmitteln gehören dazu. Angesichts zunehmender Hunger- und Naturkatastrophen sowie bewaffneter Konflikte wollen wir die Mittel für humanitäre Hilfe deutlich erhöhen.

3. Eine Welt der Menschenrechte

Die Umbrüche in der arabischen Welt haben die Schwachstellen der deutschen und EU-Außenpolitik deutlich gemacht, die auf vermeintliche Stabilität zu Lasten einer menschenrechtlich orientierten Politik gesetzt hat. Eine neue Außen- und Entwicklungspolitik muss deshalb Menschenrechte ins Zentrum rücken. Deutsche Politik muss im Hinblick auf den Schutz und die Förderung von Menschenrechten und Entwicklung kohärenter werden. Es darf nicht mehr passieren, dass ein Ressort im Dienste von Menschenrechten und Entwicklung arbeitet und ein anderes die Erreichung dieser Ziele mit eigenen, nicht abgestimmten Maßnahmen konterkariert oder gar zerstört. Wir wollen Kohärenz sicherstellen, z. B. durch ressortübergreifende Länderstrategien für Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit. Und der/die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung soll gestärkt werden, sowohl hinsichtlich der Kompetenzen als auch personell.

Entwicklung und Menschenrechte sind die Grundlagen für Frieden und Freiheit. Für uns bedeutet das, für das Recht auf Entwicklung und für ein Ende von Hunger und Armut zu kämpfen. Für ein Ende von Folter und Diskriminierung. Für ein Ende der Straflosigkeit bei schwersten Menschenrechtsverletzungen durch Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofs und des Völkerstrafrechts. Für ein Ende von ausbeuterischer Kinderarbeit. Für mehr Rechte der Menschen, die in ihrem Land ausgegrenzt, verfolgt oder gar umgebracht werden, sei es wegen ihrer sexuellen Identität oder ihres Wunsches nach Selbstbestimmung, wegen ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Ethnie oder weil sie politisch aktiv sind und z. B. die Menschenrechte verteidigen. Und wir verschließen die Augen nicht vor menschenrechtlichen Problemen in Deutschland und in der EU. Auch im Einsatz gegen Folter wollen wir mehr tun. Wir wollen die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter mit ausreichend personellen und finanziellen Mitteln ausstatten und das absolute Verbot von Folter als anerkannte Menschenrechtsnorm uneingeschränkt stärken. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Verhängung der Todesstrafe weltweit geächtet wird und alle Hinrichtungen verhindert werden. Deutschland sollte zudem international mehr Druck auf die Staaten ausüben, die den Einsatz von KindersoldatIn-

nen nicht ächten, und Projekte zur Wiedereingliederung ehemaliger KindersoldatInnen unterstützen.

4. Eine Welt des Friedens und der Schutzverantwortung

„Frieden schaffen ohne Waffen" – dieser Anspruch war ein Antrieb der grünen Parteiwerdung. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass wirklicher Frieden nur politisch, nicht militärisch erreicht werden kann. Wir setzen daher immer und unbedingt auf den Vorrang ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Frieden lässt sich nicht militärisch erzwingen. Aber Friedenspolitik heißt für uns nicht absoluter Verzicht auf militärisches Eingreifen. Es gibt Situationen, in denen gewaltsames militärisches Eingreifen notwendig ist, um schwerste Menschenrechtsverletzungen oder gar Völkermord zu verhindern oder zu stoppen.

Die unter Rot-Grün geschaffenen zivilen Ansätze müssen weiterentwickelt und ihr Rückstand gegenüber den militärischen Kapazitäten aufgeholt werden: Eingebettet in eine Nationale Friedensstrategie ist der Aktionsplan Zivile Krisenprävention an die heutigen friedenspolitischen Herausforderungen anzupassen. Besonderen Nachholbedarf gibt es bei den Schwerpunkten Förderung von Friedenspotentialen und legitimer Staatlichkeit. Um zivile Krisenprävention und Friedensförderung ins Zentrum unserer Politik zu rücken, braucht der zuständige Ressortkreis deutlich mehr Gewicht und ressortgemeinsame Haushaltsmittel. Mit der Aufstellung ziviler Planziele soll gewährleistet werden, dass Deutschland schnell und ausdauernd zivile und polizeiliche Fachkräfte in Friedensmissionen entsenden kann. Die Kapazitäten des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), des Zivilen Friedensdienstes und zivilgesellschaftlicher Programme müssen erweitert und ihre Mittel verdoppelt werden. Aufzubauen sind eigene Fähigkeiten zur politischen Vermittlung. Die Polizeien von Bund und Ländern sind durch eine zusätzliche Personalreserve und durch Anreize zu befähigen, verlässliche Beiträge zur Friedenskonsolidierung zu leisten. Unverzichtbar sind sorgfältige Konflikt- und Wirkungsanalysen und umfassende Regionalexpertise, die nur mit mehr Mitteln für praxisorientierte Regional- und Friedensforschung zu haben sind. Die vielen Akteure

der zivilen Konfliktbearbeitung brauchen einen zentralen Ort der Erfahrungsauswertung, Analyse, Weiterentwicklung und Ausbildung. Um aus dem Schatten öffentlicher Wahrnehmung herauszukommen, bedarf zivile Friedensförderung endlich systematischer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit.

Wir verstehen das internationale Konzept der Schutzverantwortung, der responsibility to protect, als wichtige Säule der Krisenprävention und wollen sie wirksamer umsetzen. Dazu gehört für uns unbedingt die Prävention vor gewaltsamen Entwicklungen etwa durch Unterdrückung, Diktatur, Terrorismus und schlechte Regierungsführung, aber auch der besondere Schutz der Zivilbevölkerung, insbesondere von Frauen und Kindern, in bewaffneten Konflikten. Konkret heißt das zum Beispiel, nationale und internationale Systeme zur Frühwarnung und frühen politischen Aktivierung zu stärken und in der Bundesregierung eine besondere Stelle zur Umsetzung der Schutzverantwortung einzurichten. Diplomatie, Konfliktvermittlung und zivile Sanktionen stehen für uns an erster Stelle. Notwendig ist eine Nationale Friedensstrategie als friedens- und sicherheitspolitischer Kompass. Sie soll frühzeitig gesellschaftlich debattiert und durch den Bundestag beraten und beschlossen werden. Sie ersetzt das Weißbuch zur Sicherheitspolitik von 2006, legt Regionen fest, für die sich Deutschland in besonderer Mitverantwortung sieht, und bestimmt, welche Aufgaben die Bundesrepublik mit welchen Mitteln im Konzert der Staatengemeinschaft wahrnehmen kann und will.

Der Einsatz militärischer Gewalt ist erwägenswert nur als äußerstes Mittel, wenn alle anderen allein keine Aussicht auf Erfolg haben. Militär kann bestenfalls Zeitfenster für die Krisenbewältigung schaffen, nicht aber den Frieden selbst. Die Bundeswehr kann einen Beitrag zur Gewalteindämmung und kollektiven Friedenssicherung leisten. Der Parlamentsvorbehalt hat sich bewährt, muss jedoch insbesondere hinsichtlich der Kontrolle von geheimhaltungsbedürftigen Einsätzen gestärkt werden. Jeder militärische Einsatz muss fortlaufend auf seine Verhältnismäßigkeit, Wirksamkeit und rechtliche Grundlage überprüft werden. Für einen solchen Einsatz ist ein Mandat des Sicherheitsrats nach der gegenwärtigen Verfasstheit der VN die Voraussetzung. Allerdings kann ein

Nichthandeln aufgrund einer Blockadehaltung einer oder mehrerer Vetomächte das Völkerrecht und die Vereinten Nationen ebenso massiv beschädigen wie das Eingreifen ohne ein Mandat. Im Falle einer Blockade des Sicherheitsrates sollte die Generalversammlung anstelle des Sicherheitsrates mit qualifizierter Mehrheit Sanktionen bis hin zu friedenserzwingenden Maßnahmen nach Kapitel VII der VN-Charta beschließen.

Die Anwendung militärischer Gewalt ist unabhängig vom Ziel immer ein großes Übel und muss, wenn irgend möglich, vermieden werden. Uns GRÜNEN fiel es in der Vergangenheit nicht leicht anzuerkennen, dass es Situationen gibt, in denen zur Eindämmung von Gewalt und zur kollektiven Friedenssicherung der Einsatz von Militär geboten sein kann. Wir haben in unserer Partei darüber lange und intensiv diskutiert, aus den Erfahrungen mit Militäreinsätzen gelernt und um die Prinzipien und Kriterien gerungen, nach denen wir beurteilen, ob ein Auslandseinsatz der Bundeswehr verantwortbar ist.

Wir können ein gewaltsames militärisches Eingreifen im Einzelfall nur dann mittragen, wenn es aufgrundlage eines völkerrechtlich klaren Mandates der VN sowie eines Bundestagsmandats erfolgt. Das Handeln der Soldatinnen und Soldaten ist ohne Ausnahme an Grund- und Menschenrechte gebunden. Der internationalen Tendenz zur zunehmenden Privatisierung militärischer Aufgaben stellen wir uns entgegen. Der politische Gesamtansatz muss klar definiert und aussichtsreich sowie die Risiken verantwortbar sein. Dazu bedarf es nicht nur eindeutiger Einsatzregeln: Wir haben einen nachvollziehbaren Kriterienkatalog für die Bewertung künftiger und zu verlängernder Auslandseinsätze sowie konkrete und überprüfbare Zielvorgaben für alle jeweils eingesetzten Mittel vorgelegt, der für jede Entscheidung die Grundlage bietet. Wir fordern eine unabhängige Evaluation internationaler Einsätze. Militärische und zivile Einsatzkräfte haben einen Anspruch auf umfassende Fürsorge und Betreuung während und nach dem Einsatz. Dies gilt auch für ihre Angehörigen. Die gesellschaftliche Anerkennung von Soldatinnen und Soldaten darf nicht mit einer Verherrlichung militärischen Handelns einhergehen.

Ein frühes Eingreifen bei Konflikten, die early action, funktioniert nur mit entsprechendem Personal. Wir wollen deshalb die VN

und Regionalorganisationen, vor allem die EU und OSZE, in ihren Fähigkeiten zur zivilen Krisenprävention stärken.

Für uns haben direkt geführte VN-Missionen Vorrang vor EU- oder NATO-geführten Missionen. An der Vision, den VN eigene ständige Truppen zu unterstellen anstatt nationaler Militärkontingente, halten wir fest. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland VN-Missionen – zivile wie militärische – nicht nur finanziell, sondern auch personell stärker unterstützt. Daher muss Deutschland den VN mehr ziviles Fachpersonal zur Verfügung stellen. Die Bundeswehr muss europatauglicher und VN-fähiger werden, das heißt, sie muss so umgebaut werden, dass sie ihren stabilisierenden und schützenden Aufgaben in internationalen Konflikten besser gerecht werden kann. Dieses Leitbild sollte wegweisend für die Bundeswehrreform sein. Die Abschaffung der Wehrpflicht war überfällig. Die derzeitigen Reformpläne der Bundesregierung gehen nicht weit genug. Die Bundeswehr muss deutlich mehr zur Haushaltskonsolidierung beitragen, auch durch weiteren Personalabbau. Die ursprünglichen, aber nie eingehaltenen Sparbeschlüsse von Schwarz-Gelb haben gezeigt, dass der Wehretat schrumpfen muss. Viele Beschaffungsprojekte sind vorwiegend industriepolitisch begründet und müssen auf den Prüfstand. Die wirtschaftlichen Folgen militärischen Strukturwandels sind durch eine aktive Konversionspolitik auszugleichen. Wir wollen über 10 % des derzeitigen Wehretats einsparen.

5. Schluss mit der unkontrollierten und geheimen Rüstungsexportpolitik

Deutschland ist der weltweit drittgrößte Exporteur von Rüstungsgütern. Vor allem unter der Regierung Merkel fielen jegliche Schamgrenzen, wenn es darum ging, Milliardendeals auch mit autoritären Staaten wie Saudi-Arabien zu machen. Und die Bundeskanzlerin verklärt diese Exportpolitik zynisch als Form der Konfliktbearbeitung. Zugleich widerspricht es demokratischen Grundsätzen, wenn Rüstungsgeschäfte im Bundessicherheitsrat genehmigt werden, ohne dass Parlament und Öffentlichkeit informiert werden.

Deswegen wollen wir ein verbindliches und restriktives Rüstungsexportgesetz einführen, das deutsche Rüstungsexporte nur nach klaren Kriterien erlaubt. Dabei sollen diese Kriterien so konkretisiert werden, dass sie im Wege einer Verbandsklage vor einem Gericht eingeklagt werden können. Die Zuständigkeit wollen wir vom Wirtschaftsministerium auf das Auswärtige Amt übertragen. Rüstungsexporte in Staaten, die Menschenrechte mit Füßen treten, darf es nicht mehr geben.

Eine grüne Regierungsbeteiligung gibt es daher nur mit einer anderen Rüstungsexportpolitik, die endlich mehr Transparenz und Kontrolle ermöglicht und restriktiv ist. Deswegen wollen wir den Bundessicherheitsrat in seiner jetzigen Form abschaffen. Stattdessen soll künftig die gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. Das Parlament und die Öffentlichkeit sollen umgehend über die getroffenen Entscheidungen informiert werden. Zudem wollen wir ein parlamentarisches Gremium einsetzen, das die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung kontrolliert und bei Entscheidungen über sensible Exporte, insbesondere Exporte in Drittländer, ein aufschiebendes Veto einlegen kann. Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte wollen wir prinzipiell verbieten, genauso wie den Export von Produktionslizenzen für Kriegswaffen an Drittstaaten. Auch eine tatsächliche Endverbleibskontrolle wollen wir gesetzlich verankern, um zu verhindern, dass die Exportgüter in die falschen Hände geraten und zum Beispiel für Menschenrechtsverletzungen oder terroristische Zwecke genutzt werden.

Außerdem wollen wir insgesamt weniger Waffen auf dieser Welt und ein Ende der globalen Aufrüstung, die auch mit deutscher Waffentechnologie vorangetrieben wird: Der Handel mit Kleinwaffen muss massiv begrenzt und kontrolliert werden, die internationale Ächtung von Streumunition sowie Landminen muss weltweit und konsequent umgesetzt werden. Auch Uranmunition wollen wir umfassend ächten.

Wir wollen den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und kämpfen für Global Zero, für eine Welt ohne Atomwaffen – deshalb streiten wir auch weiterhin für eine Nuklearwaffenkonvention, um Atomwaffen völkerrechtlich zu ächten. Die Stationierung von Atomwaffen in Büchel und die Befähigung deutscher Flugzeuge und PilotInnen zum Einsatz oder Transport von Atomwaffen müs-

sen beendet werden. Die atomare Bewaffnung Frankreichs und Großbritanniens steht einer zukünftigen zivilen Friedenspolitik der EU entgegen.

Wir setzen uns dafür ein, die von den Vereinten Nationen vorgeschlagene Konferenz zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten zum internationalen Erfolg zu führen. Den Verkauf und die Überlassung von Waffenträgern, die zur nuklearen Bewaffnung in der Region beitragen können, lehnen wir ab und wollen wir verhindern, einschließlich der Lieferung weiterer atomwaffenfähiger U-Boote. Der Konflikt um das iranische Atomprogramm muss friedlich gelöst und eine eventuelle atomare Bewaffnung des Iran auf politischem Wege verhindert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland und die EU in den Verhandlungen mit dem Iran eine aktivere und stärker vermittelnde Rolle einnehmen und für die Überprüfung der Sanktionen eintreten.

Um die weitere Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern, werden wir uns aktiv dafür einsetzen, dass auch die Verbreitung der zivilen Nutzung der Atomtechnologie gestoppt wird. Je mehr Staaten den nuklearen Brennstoffkreislauf beherrschen, umso mehr Staaten können auch Atombomben bauen. Deshalb streben wir eine Anpassung des Atomwaffensperrvertrags an und wollen Hermes-Bürgschaften für AKW-Projekte im Ausland verbieten.

Wir wenden uns gegen die Anschaffung bewaffneter Drohnen durch die Bundeswehr und setzen uns international für ein Verbot von vollständig autonomen Waffen ein. Wir streiten für mehr Transparenz und Kontrolle beim Einsatz von Dual-Use-Gütern, die auch zur Kriegsführung und zum repressiven Gebrauch genutzt werden können. Auch den Export von Überwachungs- und Zensurtechnologie an autokratische Regime lehnen wir ab. Menschenrechte müssen auch im Internet verteidigt werden. Die Überflugrechte und Militärbasen ausländischer Streitkräfte in Deutschland dürfen ausschließlich im Sinne des Völkerrechts genutzt werden. Luft-Boden-Übungsplätze wie die Nordhorn Range sind verzichtbar. Der Militärische Abschirmdienst ist aufzulösen.

6. Starke Vereinte Nationen, starkes Europa

In der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts stehen wir vor der Herausforderung, eine neue globale Sicherheitsarchitektur zu entwickeln. Die Anerkennung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen (VN) ist die erste Voraussetzung dafür. Kein Akteur der internationalen Politik besitzt mehr Legitimation als die VN. Für diese Legitimation ist jedoch wichtig, dass jeder Staat die gleiche und faire Möglichkeit bekommt, als Mitgliedsstaat aufgenommen zu werden. Gleichzeitig sind die Vereinten Nationen aber immer nur so stark, wie ihre 193 Mitgliedsstaaten sie stark machen. Wir meinen, dass die VN unsere größte Chance sind, die globale Transformation erfolgreich voranzutreiben. Gleichzeitig sehen wir dringenden Reformbedarf, damit sie für die großen Herausforderungen unserer Zeit besser gewappnet sind. Unsere oberste Verantwortung besteht darin, Deutschland wieder zu einem starken und engagierten Mitgliedsstaat mit einer klaren demokratie- und friedenspolitischen Agenda zu machen, der besonders die zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung stärkt. Gegenwärtig ist die Bundesrepublik allenfalls mittelmäßig – mittelmäßig aktiv, wenig kompromiss- und kaum reformbereit. Wenn wir starke VN wollen, müssen wir uns auch stark einbringen.

Der Sicherheitsrat muss reformiert werden mit dem Ziel einer gerechteren Zusammensetzung. Die Vetomöglichkeiten wollen wir mit einem Begründungszwang belegen. Langfristig halten wir an der Vision einer Abschaffung des Vetos im VN-Sicherheitsrat fest. Statt des vergeblichen Beharrens auf einen ständigen deutschen Sitz im Sicherheitsrat setzen wir uns dafür ein, den oder die nichtständigen europäischen Sitz(e) der westlichen Gruppe unter Einbeziehung des Vereinigten Königreichs sowie Frankreichs als permanente europäische Vertretung auszubauen. Die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in den VN und im Sicherheitsrat muss repräsentativer und transparenter werden.

Wir fordern, dass dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 der Begriff der menschlichen Sicherheit zu Grunde gelegt wird. Konfliktprävention, Konfliktaufarbeitung, auch durch Strafverfolgung, der zivile Schutz von Menschen- und Frauenrechten und soziale Rechte sollen Schwerpunkt

Deutschlands in seiner Arbeit mit dem Aktionsplan 1325 sein. Dafür braucht es eine solide Budgetierung und ein effektives Monitoring in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Wir fordern außerdem die Berufung einer Sonderbotschafterin oder eines Sonderbotschafters für Internationale Frauenpolitik.

Clubs wie die G8 oder G20 sind für einen fairen Interessenausgleich nicht geeignet. Langfristig müssen alle zentralen Institutionen globaler Koordination und Regulierung unter das Dach der Vereinten Nationen. Wir wollen eine Aufwertung des Wirtschafts- und Sozialrates erreichen und die Zivilgesellschaft stärker in internationale Prozesse einbinden. Für eine globale Partnerschaft zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen müssen wir Schwellen- und Entwicklungsländern auch in der Weltbank und im IWF in Zukunft mehr Mitsprache ermöglichen. Auch das Personal dieser Institutionen sollte in Zukunft besser die Welt repräsentieren. Weltbank, Regionalbanken und der IWF sollen alternative Entwicklungsmodelle jenseits der klassischen Wachstumsmodelle erarbeiten und umsetzen helfen. Der Schutz der Menschenrechte muss dabei ins Zentrum ihrer Arbeit gestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass IWF, Weltbank und Regionalbanken Finanzierungshilfe für Länder vor allem im Globalen Süden nicht an die Umsetzung von neoliberalen Reformen knüpfen.

Ein starkes, gemeinsames Europa muss in der Lage sein, Probleme in der eigenen Umgebung selbst zu bearbeiten. Die EU ist eben nicht nur ein Friedensprojekt nach innen. Die EU hat mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und dem Europäischen Auswärtigen Dienst Strukturen geschaffen, um an einer globalen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen und einem gesamteuropäischen System kooperativer Sicherheit im Rahmen der OSZE mitzuarbeiten. Schwarz-Gelb will die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik am liebsten einmotten und dafür das Primat der NATO ausbauen. Wir GRÜNE wollen den Europäischen Auswärtigen Dienst stärken mit dem Ziel, dass Europa außenpolitisch mit einer gemeinsamen Stimme sprechen kann. Wir glauben an die Zivilmacht Europa. Deshalb wollen wir diese Fähigkeiten der EU stärken – durch einen umfangreichen Pool von zivilen Friedensfachkräften sowie die Einsetzung des europäischen Friedensinstituts. Wir wollen außerdem die Gemeinsame Sicherheits- und

Verteidigungspolitik weiterentwickeln und die Streitkräfte in Europa integrieren und reduzieren. Dies muss mit einer Kontrolle dieser Streitkräfte durch das Europäische Parlament einhergehen.

Auch die NATO wollen wir so reformieren, dass sie in diese multilaterale Sicherheitsarchitektur integriert werden kann. Ihre bisherige starke Ausrichtung auf die militärische Absicherung von Staaten genügt nicht unseren Ansprüchen an Friedenspolitik. Nach dem Ende der Block-Konfrontation muss sie ihre Aufgaben neu ausrichten. Das kann nur gelingen, wenn Russland und alle osteuropäischen Länder eingebunden werden. Die OSZE wollen wir stärken, damit sie an die wichtige Rolle ihrer Vorgängerin KSZE bei der Überwindung des Kalten Krieges anknüpfen kann. Die NATO soll künftig Motor bei der Rüstungskontrolle und Abrüstung sein. Der Abzug der verbliebenen US-Atomwaffen aus Europa und die Ratifizierung des angepassten Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa wären erste Schritte.

7. Krisen bewältigen – dauerhaften Frieden ermöglichen

Der NATO-Einsatz im Rahmen von ISAF in Afghanistan wird 2014 abgeschlossen. Sollte die afghanische Regierung eine weitere Truppenpräsenz zur Überwachung eines Waffenstillstandes oder als Ausbildungsmission wünschen, muss dafür eine neue Rechtsgrundlage durch die VN geschaffen werden. Sie ist als peace building mission zu mandatieren und soll als direkt geführte VN-Mission erfolgen – ohne Kampfauftrag und Aufstandsbekämpfung. Rechtzeitig vor dem Abzug der Bundeswehr wollen wir vor Ort ein Aufnahmeprogramm für Ortskräfte der Bundeswehr und deutscher Entwicklungsorganisationen einschließlich ihrer Familien durchführen. Denjenigen, die dies wünschen, muss also die Möglichkeit einer Aufnahme in Deutschland gewährt werden. Auch für Menschen, die in ihrem Leben oder in ihrer Gesundheit spätestens dann bedroht sind, wenn das Militär abzieht und die Macht neu verteilt wird, muss es eine Möglichkeit des Asyls geben. Von der Bundeswehr zu verantwortende zivile Opfer und ihre Angehörigen sind großzügig und unbürokratisch zu entschädigen. Da die Konflikte in Afghanistan nicht militärisch zu lösen sind, wollen wir alles

unternehmen, um über Verhandlungen und Gespräche einen Aussöhnungsprozess zu beginnen. Und nur durch ein umfassendes und glaubwürdig finanziertes zivilgesellschaftliches und entwicklungspolitisches Programm, das die Stärkung der Frauenrechte im Blick hat, können wir den Wiederaufbau des Landes sicherstellen. Daher wollen wir die zivilen Mittel für Afghanistan mindestens im bisher erreichten Umfang aufrechterhalten.

Frieden zwischen Israel und Palästina wird nur möglich sein durch einen fairen Interessenausgleich, der die Sichtweisen, die Rechte und die Sicherheit aller Menschen in der Region im Blick hat. Aus der Verantwortung Deutschlands für den Holocaust folgt eine unverrückbare und dauerhafte Unterstützung für die Existenz und die Sicherheit Israels. Wir setzen uns für eine Zwei-Staaten-Regelung und ein Ende der Besatzung ein. Der Staat Palästina muss gestärkt, zeitnah von Europa anerkannt und als Vollmitglied in die VN aufgenommen werden. Wir wollen, gemeinsam mit der US-Regierung, mit positiven und negativen Anreizen beide Seiten zu direkten und substantiellen Friedensgesprächen unter Einbeziehung aller verhandlungsbereiten Kräfte bewegen, um möglichst bald einen Frieden aufgrundlage der Grenzen von 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten und eine Lösung der Flüchtlingsfrage zu erreichen. Eine Konfliktregelung wird nur aufgrundlage konsequenter Anwendung des Völkerrechts möglich sein. Vor diesem Hintergrund verurteilen wir sowohl den Raketenbeschuss und Bombenanschläge auf Israel als auch die fortschreitende Landnahme in der Westbank inklusive Ost-Jerusalem sowie die Blockade des Gazastreifens. Zudem wollen wir die vertrauensbildende und Verständnis fördernde Arbeit der zahlreichen Friedensinitiativen in Israel und Palästina unterstützen.

Die internationale Gemeinschaft ist nicht in der Lage oder willens, ihrer Schutzverantwortung gegenüber der syrischen Bevölkerung gerecht zu werden. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen konnte sich bisher weder auf eine Verurteilung der Gräueltaten noch auf gemeinsame Sanktionen einigen. Eine systematische Untersuchung der schwersten Menschenrechtsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof hat die internationale Gemeinschaft bislang nicht verfolgt. Russland und China blockieren alle weiter reichenden Forderungen im VN-Sicherheitsrat und stüt-

zen damit das Assad-Regime. Wir wollen syrische Flüchtlinge in Deutschland aufnehmen und die Nachbarstaaten Syriens stärker als bisher materiell bei der Versorgung und Unterbringung der täglich größer werdenden Zahl an Flüchtlingen unterstützen. Außerdem muss humanitäre Hilfe an die syrischen Binnenflüchtlinge gerade in den sogenannten befreiten Gebieten durch Zusammenarbeit mit syrischen und internationalen NGOs ankommen und der Aufbau der zivilen Strukturen in diesen Gebieten gezielt unterstützt werden. Im Rahmen der Vereinten Nationen wollen wir uns weiterhin für die Aushandlung eines landesweiten politischen Prozesses einsetzen und ein politisches Übereinkommen gegebenenfalls durch eine VN-Blauhelmmission absichern. Die Lieferung von Waffen in das Bürgerkriegsland lehnen wir ab.

Wer GRÜN wählt ...

- fördert Wohlstand für alle auf einem nachhaltigen Entwicklungspfad und stärkt die Entwicklungszusammenarbeit.
- stimmt für mehr Klimaschutz und Klimagerechtigkeit weltweit.
- wählt mehr Frieden durch mehr zivile Krisenprävention und stimmt für Abrüstung, strikte Rüstungskontrolle und eine atomwaffenfreie Welt.
- setzt sich für die Stärkung der Menschenrechte hier und auf internationaler Ebene ein.
- wählt klare Grenzen und Kriterien für Auslandseinsätze.
- steht für stärkere, gerechtere und demokratischere Vereinte Nationen.

Schlüsselprojekte

Keine Rüstungsexporte zu Lasten von Menschenrechten – ein Rüstungsexportgesetz beschließen

Wir wollen Rüstungsexporte stärker als bisher kontrollieren. Dazu wollen wir ein Gesetz, das die Kriterien der Rüstungsexportrichtlinie, insbesondere die Menschenrechtslage im Empfängerland und die Gefahr der inneren Repression, fest verankert. Außerdem soll das Auswärtige Amt für Rüstungsexporte zuständig sein. Wir wollen den Bundessicherheitsrat in seiner jetzigen Form abschaffen. Die Geheimhaltung der Beschlüsse über Rüstungsexporte wollen wir aufheben. Der Deutsche Bundestag wird vor einer beabsichtigten Rüstungsexportgenehmigung bei besonders sensiblen Exporten unterrichtet und erhält die Möglichkeit für ein aufschiebendes Veto zur Stellungnahme. Zudem brauchen wir vergleichbar strikte Regeln für den Export von Überwachungstechnologien. Der Export von Waffen und Software zur Überwachung von Kommunikation und Internet an Diktaturen muss gestoppt werden. So können wir die Exporte der Rüstungsindustrie besser kontrollieren.

Klima der Gerechtigkeit – internationale Zusagen endlich einhalten!

Ein Sechstel der Menschheit hungert, Umweltzerstörung und Klimawandel schreiten voran, Staaten zerfallen, Flüchtlingsströme nehmen zu. Diesen globalen Herausforderungen, die nur solidarisch bewältigt werden können, werden wir uns gemeinsam mit unseren internationalen Partnern stellen. Darum setzen wir uns ein für gerechtere Strukturen, soziale Teilhabe und mehr internationale Zusammenarbeit. Im Gegensatz zur Regierung Merkel werden wir die Zusagen Deutschlands endlich einhalten. Wir wollen die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention und humanitäre Hilfe bis 2017 auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens anheben und schon 2014 1,2 Mrd. Euro zusätzlich für die Entwicklungszusammenarbeit und 500 Mio. Euro für den internationalen

Klimaschutz bereitstellen. Vor allem für die Anpassung der Entwicklungsländer an den Klimawandel, die globale Energie- und Agrarwende, den Aufbau sozialer Sicherungssysteme und die Friedensentwicklung wollen wir deutlich mehr Mittel einsetzen.

Zivile Krisenprävention ausbauen – Mittel für Friedenskräfte verdoppeln

Wir wollen zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung ins Zentrum der deutschen Außenpolitik rücken. Es braucht eine umfassende Nationale Friedensstrategie, effektivere Strukturen, mehr Geld und Personal für zivile Friedensförderung in den Bereichen Konflikttransformation, Gender-Mainstreaming, Polizei, Justiz, öffentliche Verwaltung, Parlamentsaufbau, Dialog und Versöhnung. Um entsprechende zivile Fachkräftepools aus- und aufbauen zu können, wollen wir in Deutschland die Mittel für das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze und für den Zivilen Friedensdienst verdoppeln, mehr Geld in die Friedensforschung geben und das friedenspädagogische Angebot an Schulen unterstützen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für ein EU-Friedensinstitut zur Stärkung der Mediation und eine Stärkung der Krisenprävention im Europäischen Auswärtigen Dienst ein. Den Ressortkreis Zivile Krisenprävention wollen wir auf Staatsminister-Ebene verankern und den zivilgesellschaftlichen Beirat aufwerten. Wir wollen regionale Beiräte für Schwerpunktregionen einsetzen, die frühzeitige Maßnahmen initiieren können und regelmäßig Bundestag und Bundesregierung Empfehlungen vorlegen. Wir wollen eine bessere Kooperation der Fachministerien erreichen, indem ein Teil der Mittel gepoolt wird.